

Schiffverlag und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3666-3699. Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Berlagspreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung ausserhalb 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Kein Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [15 Pf.] Nr 434

MONTAG, 11. SEPTEMBER 1933

ABEND-AUSGABE

Konfordat in Kraft

Feierlicher Austausch der Ratifikationen

Der Geschäftsträger der Deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl hat sich in Betreffung des zur Zeit im Verlauf befindlichen deutschen Vatikanvertrages, Sonntag nachmittags, um Kardinalstaatssekretär Pacelli in den Vatikan begeben. Dort fand in der üblichen feierlichen Form der Austausch der Ratifikationsurkunden des zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl abgeschlossenen Konfordats statt. Damit ist das am 20. Juli d. J. unterzeichnete Konfordat gemäß seinem Artikel 24 in Kraft getreten. Hierbei wird amlich mitgeteilt:

„Das am 20. Juli unterzeichnete Konfordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich ist am 10. September im Vatikan ratifiziert worden. Vor der Ratifikation hat der Heilige Stuhl in mündlicher und schriftlicher Darlegung die Reichsregierung auf eine Reihe von Punkten hingewiesen, die sich auf die Auslegung des Konfordats und seine vorläufige Handhabung bezogen. Sie betreffen vor allem den Bestand, die Vertigung und den Schutz der katholischen Organisationen sowie die Freizität der

deutschen Katholiken, auch in der katholischen Presse die Grundzüge der katholischen Glaubens- und Sittenlehre zu verfinden und zu erläutern. — Die Reichsregierung hat sich dem Heiligen Stuhl gegenüber bereit erklärt, über die angeführten Materien baldigst zu verhandeln, um zu einem dem Vorlaut und dem Geiste des Konfordats entsprechenden gegenseitigen Einvernehmen zu gelangen.“

*

Dem Abschluss des Konfordats ist die Inkraftsetzung durch die beiderseitige Ratifikation bemerkenswert rasch gefolgt. Das unterzeichnete die Stärke und die Festigkeit des erreichten Einvernehmens zwischen Reich und Kurie. Von dem Vertrauensverhältnis, das jetzt hergestellt ist, zeugt auch die Mitteilung über die gemeinsame Prüfung der Fragen, die die Organisationen, die Presse usw. betreffen. Die Inkraftsetzung des Konfordats aber die Handhabung, all diese Fragen zeugenslos zu lösen.

Wieder eine neue Regierung in Kuba

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 11. SEPTEMBER

Die neue kubanische Regierung wurde am Sonntag mittag nach mehrtägigen Verhandlungen mit den einzelnen Parteien auf die Verfassung vereinigt. Das Mitglied der bisherigen Junta, der Professor der Anatomie und Dean der medizinischen Fakultät der Universität von Havana, Grau Samarrin, hat ein „Kabinett der Akademiker“ gebildet, das die Unterstützung der radikalen Studentenschaft gefunden hat, aus dem Offizierskorps und den Menocallisten sowie von einem beträchtlichen Teil der IVK-Studenten weiterhin auf höchste Befehle wird. Von den fünf Mitgliedern der vorigen Junta befindet sich in dem neuen Kabinett außer den Präsidenten nur noch der kommunistische Sozialist Garcia, der das Gesundheitsministerium übernimmt. Aus der früheren Regierung Gesandtes hat der Minister für öffentliche Arbeiten Chibas in das Kabinett zuzü.

Die neue Regierung wurde vom Volk jubelnd begrüßt. Bis in die späte Nacht hinein fanden lärmende Feiern in Havana statt. Einige Stille herrschte dagegen im Nationalpalast, wo sich das Offizierskorps versammelt durch mehrere hundert Studenten vom rechten Flügel der IVK-Organisation vorüberziehen hatte. Dieser Mann behauptet, daß Tausende jenseits der in den letzten Tagen Verhaftung ausgehend wurden, daß die Mitglieder des Exzess zerstückt, so läßt das erkennen, auf wie ungesunden Füßen die neue Regierung steht.

Trotzdem herrscht in Washington Befriedigung über die neue Entwicklung. Das State Department hat erklärt, die Vereinigten Staaten würden der neuen Regierung alle Unterstützung auch in wirtschaftlicher Hinsicht zukommen lassen. Doch man aber keine weiteren Hoffnungen auf die Tage hat, zeigt sich darin, daß die Kriegsschiffe in den kubanischen Häfen Verhaftung bekommen haben, und daß der amerikanische Botschafter wie übrigens das gesamte Diplomatikkorps bei der Bereidigung des Kabinetts geflüchtet. Washington hat seit langem die Politik verfolgt, jede souveränistische Revolutionsregierung sofort anzuerkennen, aber im Falle Kuba rechnet man doch mit einer längeren Verzögerung. Aufmerksam will man in Havana diesem Verhalten, die neue Regierung ermahnen hat, daß sie Autorität besitzt und sie man sich mit dem Offizierskorps und den immer noch sehr politischen Streikenden auseinanderzusetzen hat.

Anordnungen des hellschreitenden Führers der NSDAP

Der hellschreitende Führer hat folgende Anordnungen erlassen:

Nationalsozialistischen (Goltsch) oder ähnliche Organisationen, auch falls die ihren Sitz in Deutschland haben, sind nicht beizubehalten, sich auf die NSDAP zu beziehen. Den Deutschen die NSDAP wird unterlagt, mit diesen Organisationen Beziehungen zu unterhalten.

Allen Parteimitgliedern wird hiermit unterlagt, Einladungen zur Teilnahme an Parteiveranstaltungen usw. an Angehörige

fremder Staaten ergehen zu lassen. Inbegriffen sind insbesondere Mitglieder des diplomatischen Korps. Für bezügliche Einladungen ist lediglich die Reichsparteileitung zuständig.

Wie festgehalten wurde, haben verschiedene kommunistische und marxistische Spitzel versucht, Nationalsozialisten, insbesondere SA- und SS-Männer, zu Gewalttätigkeiten gegenüber in Deutschland weilenden Ausländern zu veranlassen, um dadurch maßgebendste Schwereitsfälle herbeizuführen. Solch wern nachteilig vor einer Spitzeltätigkeit. Jeder Nationalsozialist, welcher in irgend einer Form der Arbeit der Propaganda beizugehen leistet, ist es auch nur durch Verlässigung von als Gäste in Deutschland weilenden Ausländern, daß schwerste Strafen einschließliche Ausweisung aus der Partei zu gewärtigen.

Die Vorbereitungen für den Staatsrat

Die behördlichen Vorbereitungen zur feierlichen Eröffnung des Preussischen Staatrates am 15. September sind in vollem Gange. Die Einzelheiten der Feierlichkeiten dürften schon in kürzester Zeit bekanntgegeben werden. Im Mittelpunkt der Feierlichkeiten steht die Eröffnungssitzung des Staatrates im Kuppelsaal der Universität.

Schon seit Tagen sind Arbeiter und Handwerker dabei, um die letzten, für die Sitzung notwendigen Veränderungen vorzunehmen. So sind die im Mittelbau der Barockhofe an der Arbeit, direkt über dem Mittelportal, durch den der Eingang der Staatrats-Halle führt.

An der feierlichen Sitzung des Staatrates werden über 1000 geladene Gäste teilnehmen können, Invol umfasst der würdige Saalraum mit seiner großen Empore, in der Mitte, gegenüber dem Nebenportal, und den beiden großen Seitenemporen.

Nach den neuen Zusammenstellungen hat der preussische Staatrat 66 Mitglieder. Unter den zuletzt ernannten fünf Generalsekretärs sind von Madelen, General Bismann und der frühere Berliner Polizeipräsident Richter. Am Tage der Eröffnung werden alle Reichlichen Gebäude des Reichs und Preussens, die in Preußen liegen, Flaggenstumm anliegen.

Bernfständige Löhner sind keine Doppelverdiener

Es war angestrebt worden, alle bei der Deutschen Reichspost beschäftigten unverschuldeten weiblichen Personen zu entlassen, deren Ehemann in der Lage sind, für sie zu sorgen. Zu diesem Antrag hat das Reichspostministerium, wie die „Deutsche Postzeitung“ meldet, folgende Erklärung abgegeben: „Die hier und da auftretende Ansicht, daß solche Personen, insbesondere Beamtensfrauen, die Doppelverdienern auszuerechnen seien, wird nicht geteilt. Die Deutsche Reichspost ist mit allen Mitteln bemüht, der Arbeitslosigkeit zu wehren, doch kann sie weder den Beamten noch anderen, scheinbar wohlhabenden Personen zumuten, für ihre Töchter auf das Recht der Bernständigkeit zu verzichten. Der unbilligsten Entschädigungen sind in der Vorbereitung befindliche rechtsgleiche Regelung über die Beschäftigung von Doppelverdienern und die Einschränkung der Frauennarbeit abgemacht worden.“

Wie wir es sehen

Jugend des Volkstums

Mit einem Fest der Jugend hat geteilt der NSD für seine weitere Arbeit geboren. Vor 30 000 jungen Menschen haben die Vertreter des Reiches Richtung und Ziel der volksdeutschen Politik gewiesen. Die junge Generation soll der Träger der Bewegung sein, in der sich über alle Grenzen hinweg das Bewußtsein zur Erhaltung seiner Art zusammenfindet. Dieses Bewußtsein wurde geteilt feierlich bekräftigt. Hierbei spürte man den Glanz, mit dem die Jugend aus Wert geht, eine Bereitschaft und gläubige Hingabe, die Staat und Volkstum als eine unlösliche Einheit empfindet. Alle diese jungen Menschen sind unbelastet von den Verfehlungen der Vorkriegsjahre der Volkstums, für die der Begriff des Nationalen an die staatlichen Grenzen fixiert war. Das Volkstum heißt in ihnen zum Erlebnis geworden in ihren Händen und Beinen, in der Auslandsarbeit der Studentenschaft, in Arbeitslagern und Fortzügen ins Grenzland. Die meisten von ihnen wissen aus eigener Anschauung, daß der Untertan volksdeutschen Lebens nicht durch Grenzlinie und Schlagbäume beschränkt werden kann. Und doch ist diesem Gefühl der Verbundenheit alles deutschen Lebens jede Verbindung ins Aggregat fremd. Bilingualer auf dem Papier hat dies unmerklich ausgesprochen, als er die Aufgabe einer sinnvollen Neuordnung im mitteleuropäischen Raum kennzeichnete, und darauf hinwies, daß grade aus dem Volkstum ein neues Prinzip des internationalen Lebens erwachse. Stetigkeit und Friede sind in den Beziehungen der Völker untereinander nur dann gewährleistet, wenn jedes Volkstum vor dem Versuch einer Assimilation und Überverfälschung bewahrt bleibt. Aus diesem Grundlag bildet ein „Kulturwille“, der im nationalsozialistischen Staat sich seiner inneren Stärke von neuem bewußt geworden ist.

Revolution in Kuba

Seit der Absetzung des Präsidenten Machado erschüttert immer neue Unruhen Kuba. Die Regierung des Diktators hatte das Land finanziell ruiniert, und die politischen Verhältnisse sind insgefäß erregt. Der Versuch des folgenden Präsidenten, Céspedes, eine allmähliche Umgestaltung in geordnete, geistliche Zustände herbeizuführen, scheiterte; denn der Druck von unten war zu groß. Die Parallele der europäischen Revolutionen scheint eine Naturgesetzlichkeit solcher Abläufe zu bestätigen. Wie in Russland auf die Kerentinkregierung, die den Jaren fürzte, der Bolschewistenbewegung des Oktober folgte, wie in Frankreich die Jakobiner die Girondisten ablösten, so wird die Revolution des Sozialismus zu verfolgen, so scheint auch Kuba seine liberale Regierung ertragen zu können. Der Kommunismus als höchste Reaktion auf die Unterdrückung durch den selbstvermeintlichen Diktator soll ihnen das Heil bringen. Die wirtschaftlichen Aussichten liegen aber für Kuba anders. Wenn man eine Parallele ziehen will, so dürfte am ehesten die der chilenischen Revolution vorliegen, die auf Salpeter und auf Zuder. Beide Länder befinden sich überdies vollkommen in der Hand des nordamerikanischen Kapitals, und ihre Revolutionen galten und gelten nicht so sehr der Berechtigung eines kommunalistischen Staats als vielmehr der Verdrängung eines parasitären Finanzkapital und des politischen Streikens, die sich gegen sie in der Hand hat. Es sind in Wirtschaftlichkeit nationale Revolutionen. In Chile war die Revolution von Offizieren gemacht, die von den Theorien eines wirtschaftlichen Sozialismus so wenig verstanden, wie ihr Land dazu geeignet war. Und in Kuba wird der „Kommunist“ Cerdas in dem Maße sich durchzusetzen, in dem er ernährt verlustet, sein wirtschaftliches Reich zu forcieren. Die Revolution eines romantischen Sozialismus ist für Kuba, das Schauplatz einer romantischen Revolution in ihrem keinen Nachbarstaat sich vollziehen zu lassen. Der amerikanische Botschafter wird auch von der neuen Regierung sorgsam behandelt, und wenn diese Revolution sich tollt, dann wird der reguläre Handelsverkehr so regulär wieder aufgenommen werden, wie man ihn mit Chile längst wieder befragt.

Mühsache zur Rentabilität

Anfang der nächsten Konjunkturumwälzung und Ersolge der staatlichen Konjunkturpolitik bringen auch die selbsttätige Lösung einer Reihe von prinzipiell wichtigen Fragen, deren man in den Anstößen der des ständischen Abtriebs und Mißtrauens vergeblich bezuhaken versucht hat. Der geteilt veröffentlichte Reichsfinanzbericht des Konjunktur-Instituts enthält Beispiele dafür, daß schon die bloße Menge n-